Sozialhilfeverordnung (SHV)

Vom 25. September 2001 (Stand 1. Januar 2016)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 74 Absatz 2 der Kantonsverfassung[1)] sowie gestützt auf die §§ 4c Absatz 3, 6 Absatz 3, 7 Absatz 3, 11 Absatz 4, 18 Absatz 1, 33 Absatz 4, 34 Absatz 2 und 42a Absatz 8 des Sozialhilfegesetzes (SHG) vom 21. Juni 2001[2)], *

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Regelungsbereich

1 Diese Verordnung regelt den Vollzug des Sozialhilfegesetzes[3)] in den Bereichen Beratung, Unterstützung und Eingliederung bedürftiger Personen.

2 Sie findet auch Anwendung auf Personen, die der Asylgesetzgebung unterstehen und eine Aufenthaltsbewilligung haben (anerkannte Flüchtlinge und Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung).

§ 2 Zuständigkeiten

1 Die Sozialhilfebehörden vollziehen die Gemeindeaufgaben des Sozialhilfegesetzes.

2 Das Kantonale Sozialamt (kurz: Amt) vollzieht die Kantonsaufgaben des Sozialhilfegesetzes. Es ist zuständig für den Vollzug des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977[4)] über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz, ZUG) und verkehrt mit den zuständigen ausserkantonalen und ausländischen Stellen. Es behält einen Verwaltungskostenanteil von 5% an den Unterstützungsbeiträgen ein, die der Kanton aufgrund des Zuständigkeitsgesetzes vereinnahmt. *

3 ... *

1) GS 29.276, SGS 100
2) GS 34.143, SGS 850
3) GS 34.0143, SGS 850
4) SR 851.1

§ 3 Fachgerechte Beratung (§ 4 Abs. 2 SHG)

[1] Die fachgerechte Beratung der hilfesuchenden und hilfsbedürftigen Personen kann durch die Einrichtung von Sozialdiensten oder durch den Beizug von qualifizierten Stellen und Personen sichergestellt werden.

§ 4 Übertragungsverbot (§ 37 Abs. 1 SHG)

[1] Die Gemeinden dürfen die Verfügungskompetenz der Sozialhilfebehörden nicht an andere Stellen übertragen. Vorbehalten bleibt § 34a des Gemeindegesetzes[5)].

2 Unterstützung

2. 1 *

§ 5 * …

§ 6 * …

§ 7 * …

§ 7a * …

2.2 Umfang und Mass der Unterstützung

§ 8 * Umfang des Grundbedarfs (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Der Grundbedarf deckt pauschal die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhe, Energieverbrauch ohne Wohnnebenkosten, laufende Haushaltsführung inklusive Kehrichtgebühren, kleine Haushaltsgegenstände, Gesundheitspflege ohne Selbstbehalte und Franchisen, Verkehrsauslagen inklusive Umweltschutzabonnement, Nachrichtenübermittlung, Bildung und Unterhaltung, Körperpflege, persönliche Ausstattung, auswärts eingenommene Getränke und Übriges. *

§ 9 * Mass des Grundbedarfs bei Haushalt (§ 6 Abs. 3 SHG)

[1] Das Mass der Unterstützungen an die Aufwendungen für den Grundbedarf beträgt monatlich bei einem Haushalt mit *

a. * 1 Person: CHF 986;

b. * 2 Personen: CHF 1'509;

5) GS 24.293, SGS 180

c. * 3 Personen: CHF 1'834;

d. * 4 Personen: CHF 2'110;

e. * 5 Personen: CHF 2'386;

f. * pro weitere Person: plus CHF 200.

g. * …

h. * …

[2] Wohnen unterstützte Personen mit einer anderen Person in einem Konkubinat, wird die Unterstützung für den Grundbedarf entsprechend ihrem Anteil an der Haushaltsgrösse gemäss Absatz 1 reduziert (Kopfquote). *

[2bis] Wohnen unterstützte Personen mit anderen Personen in einer Wohngemeinschaft, wird die Unterstützung für den Grundbedarf gemäss Absatz 1 Buchstabe a. um 10% gekürzt. *

[2ter] Wohnen unterstützte volljährige Kinder im Haushalt der nicht unterstützten Eltern oder umgekehrt, wird die Unterstützung für den Grundbedarf entsprechend ihrem Anteil an der Haushaltsgrösse gemäss Absatz 1 reduziert (Kopfquote) und um 20% gekürzt. *

[3] Wohnen unterstützte Personen, die zwischen 18 und 25 Jahre alt sind, in einem 1-Personen-Haushalt, beträgt die Unterstützung an ihre Aufwendungen für den Grundbedarf in der Regel monatlich CHF 755. *

§ 10 Mass des Grundbedarfs ohne Haushalt (§ 6 Abs. 2 SHG)

[1] Bei Personen in einem Heim, in einer Klinik oder in einer ähnlichen Einrichtung richtet sich das Mass der Unterstützungen an die Aufwendungen für den Grundbedarf nach den aktuellen Bedürfnissen der unterstützten Person und beträgt monatlich höchstens CHF 360.

[2] Bei bedürftigen Personen, die keinen Unterstützungswohnsitz und keinen Aufenthaltsort haben, sowie bei Personen, die sich gemäss § 21 SHG in einer stationären Therapie befinden, richtet sich das Mass der Unterstützung an die Aufwendungen für den Grundbedarf nach deren aktuellen Bedürfnissen. *

§ 11 Angemessene Wohnungskosten (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Die Angemessenheit der Wohnungskosten richtet sich nach der Haushaltsgrösse und nach den örtlichen Wohnungsmarktverhältnissen. *

[2] Die Sozialhilfebehörden teilen dem Amt die angemessenen Wohnungskosten in ihrer Gemeinde mit und aktualisieren die Angaben bei veränderten Verhältnissen.

[3] Wohnen unterstützte Personen mit anderen Personen im selben Haushalt, wird die Unterstützung an ihre Wohnungskosten entsprechend ihrem Anteil an den angemessenen Wohnungskosten gemäss Absatz 1 reduziert (Kopfquote). *

[3bis] Wohnen unterstützte volljährige Kinder im Haushalt der nicht unterstützten Eltern oder umgekehrt, werden grundsätzlich keine Wohnungskosten angerechnet. *

[4] Wohnen unterstützte Personen, die zwischen 18 und 25 Jahre alt sind, in einem 1-Personen-Haushalt, beträgt die Unterstützung an die Wohnungskosten in der Regel die Hälfte der angemessenen Wohnungskosten gemäss Absatz 1 für einen 2-Personen- Haushalt. *

[5] Übersteigen die effektiven Wohnungskosten die angemessenen Wohnungskosten gemäss Absatz 1, werden in der Regel die effektiven Kosten während 6 Monaten übernommen. *

§ 12 Aufwendungen für obligatorische Versicherungen (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Als Aufwendungen für obligatorische Versicherungen gelten:

a. laufender Mindestbeitrag der AHV,

b. * Grundversicherung der Kranken- und Unfallversicherung bis zur Höhe der regionalen Durchschnittsprämie für Erwachsene, junge Erwachsene und Kinder;

c. Gebäudeversicherung.

§ 13 Aufwendungen für medizinische Behandlung und Pflege (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Als Aufwendungen für medizinische Behandlung und Pflege gelten:

a. * die neben den Krankenversicherungsleistungen verbleibenden Franchisen, Selbsthalte und Patientenbeteiligungen für Pflegeleistungen der Spitex und der Alters- und Pflegeheime;

b. * unerlässliche Aufwendungen, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung nicht gedeckt sind, in absoluten Ausnahmefällen;

c. schmerzstillende Zahnbehandlungen;

d. einfache, wirtschaftliche und zweckmässige Zahnsanierungen im Rahmen des Sozialversicherungstarifes[6)];

e. Elternbeiträge aufgrund der Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzgebung.

§ 13a * Überprüfung von Arztzeugnissen durch den Vertrauensarzt

[1] Die Sozialhilfebehörde kann von der unterstützten oder gesuchstellenden Person eine Überprüfung des vorgelegten Arztzeugnisses durch einen Vertrauensarzt ihrer Wahl verlangen.

6) Verordnung des Eidgenössischen Departements des Innern vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV), SR 831.301.1.

[2] Die Kosten der Überprüfung trägt die Sozialhilfebehörde, sofern sie nicht von der Krankenversicherung der unterstützten oder gesuchstellenden Person übernommen werden.

§ 14 Verfahren bei Zahnarztkosten

[1] Für Unterstützungen an die Aufwendungen für Zahnbehandlungen und Zahnsanierungen gemäss § 13 Buchstaben c und d ist der Sozialhilfebehörde ein Kostenvoranschlag einzureichen.

[2] Die Sozialhilfebehörde reicht den Kostenvoranschlag der zuständigen zahnärztlichen Person zur Plausibilitätsprüfung ein. *

[3] Die Finanz- und Kirchendirektion und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bestimmen gemeinsam die für die Sozialhilfebehörden zuständigen zahnärztlichen Personen aus dem Kreis der im Kanton praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte. Sie schliessen mit diesen einen Vertrag mit mindestens folgendem Inhalt ab: *

a. Vornahme der Prüfung, ob die eingereichten Kostenvoranschläge hinsichtlich der Einhaltung von § 13 Buchstaben c und d in fachlicher und tariflicher Hinsicht plausibel sind;

b. unentgeltliche Abgabe einer Empfehlung an die Sozialhilfebehörde;

c. kantonale Vergütung der Tätigkeit nach Aufwand.

[4] Die Sozialhilfebehörde kann von der gesuchstellenden Person eine Überprüfung des Kostenvoranschlags durch einen Vertrauenszahnarzt ihrer Wahl verlangen. Die Kosten der Überprüfung trägt die Sozialhilfebehörde. *

[5] Absätze 2 - 4 gelten sinngemäss auch für Rechnungen für notfallmässig erfolgte Zahnbehandlungen gemäss § 13 Buchstabe c.

§ 14a * Tagesbetreuung (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Als Tagesbetreuung gilt die entgeltliche Fremdbetreuung tagsüber von Kindern und Jugendlichen bedürftiger Unterhaltspflichtiger.

§ 14b * …

§ 14c * …

§ 14d * Familienstützende Massnahmen (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Als familienstützende Massnahmen gelten entgeltliche, ambulante sozialpädagogische Interventionen zugunsten der Familie.

§ 15 Weitere notwendige Aufwendungen (§ 6 Abs. 1 SHG)

[1] Als weitere notwendige Aufwendungen gelten insbesondere:

a. * Mietzinsdepot für die Wohnung in der Niederlassungsgemeinde,

b. zweckmässige Wohnausstattung,

c. ausserordentliche Erwerbsunkosten,

c^bis^. * ausserordentliche Aufwendungen für die Teilnahme an einem Förderungsprogramm oder für die Ausübung einer Beschäftigung,

d. * Aufwendungen für Freizeitaktivitäten von Kindern bis maximal CHF 600 pro Kind und Jahr,

d^bis^. * Aufwendungen von Kindern für notwendige schulische Belange,

d^ter^. * Aufwendungen für den Besuch von Spielgruppen,

e. * ...

f. Verwandtschaftskontakte bei ausserordentlichen Fällen,

g. Urlaub in absoluten Ausnahmefällen,

h. Einlagerung der Möbel bei Heimaufenthalt oder Zwangsräumung,

i. * angemessene Umzugskosten bei Wohnungswechsel innerhalb der Gemeinde,

k. * bei Wegzug aus der Gemeinde angemessene Umzugskosten, ein Zehrgeld für 1 Monat in der Höhe von § 9 sowie die angemessenen Wohnungskosten der Zuzugsgemeinde für 1 Monat,

l * Prämien für die Haftpflicht- und Hausratversicherung,

m. * Gebühren für Personalausweise.

§ 16 Freie Einkünfte und freie Vermögensbeträge (§ 7 Abs. 3 SHG)

[1] Als freie Einkünfte gelten

a. * ein die Selbständigkeit und Selbsthilfe erhaltender und fördernder Anteil am Erwerbseinkommen, jedoch pro Monat mindestens CHF 100 und höchstens CHF 400 pro Person oder CHF 700 pro Haushalt;

b. * zusätzlich CHF 3'000 pro Jahr bei Erwerbseinkommen, das Personen ohne eigenen Haushalt bis zum 20. Altersjahr neben der Ausbildung verdienen;

c. ein angemessenes Mass von Genugtuungssummen und Integritätsentschädigungen.

d. * Gefälligkeitszuwendungen bei der Teilnahme an einem Förderungsprogramm oder bei der Ausübung einer Beschäftigung.

[2] Die freien Vermögensbeträge betragen für *

a. * 1 unterstützte Person: CHF 2'200;

b. * 2 unterstützte Personen: CHF 3'400;

c. * 3 unterstützte Personen: CHF 4'200;

d. * 4 unterstützte Personen: CHF 4'700;

e. * 5 und mehr unterstützte Personen: CHF 5'300.

3 … *

4 Der Vermögensfreibetrag wird nur einmal pro Unterstützungsperiode, in der Regel bei Unterstützungsbeginn, gewährt. *

§ 17 * …

§ 17a * Pflichten der unterstützten Person (§ 11 Abs. 2 SHG)

1 Die unterstützte Person ist insbesondere verpflichtet,

a. die zur Bemessung der Unterstützung benötigten Auskünfte vollständig und wahrheitsgetreu zu geben, Einsicht in die zweckdienlichen Unterlagen zu gewähren sowie die notwendige Vollmacht zu unterzeichnen;

b. unaufgefordert Veränderungen der unterstützungsrelevanten Sachverhalte umgehend zu melden;

c. alle Ansprüche gemäss § 5 SHG, die ihr möglicherweise zustehen, geltend zu machen und sich so zu verhalten, dass diese nicht verjähren oder verwirken;

d. Forderungen bis zum Umfang der Unterstützung abzutreten;

e. im Falle unabtretbarer Forderungen die Schuldnerin oder den Schuldner zur Auszahlung an das Gemeinwesen zu ermächtigen;

f. sich um den Erhalt der Arbeitsstelle zu bemühen;

g. sich um eine Erwerbstätigkeit zu bemühen;

h. eine zumutbare Arbeitsstelle anzunehmen;

i. an angeordneten Förderungsprogrammen teilzunehmen oder angeordnete Beschäftigungen auszuüben;

j. ihre Einkünfte sowie die ausgerichtete Unterstützung bestimmungsgemäss zu verwenden;

k. die Nummernschilder des Motorfahrzeuges zu deponieren.

§ 18 * Herabsetzung (§ 11 Abs. 3 SHG)

1 Die Unterstützung darf aufgrund schuldhafter Verletzung der Pflichten höchstens um 30% des Masses des Grundbedarfs gemäss § 9 herabgesetzt werden. *

2 Die Herabsetzung ist anzudrohen und angemessen zu befristen. *

3 Die Unterstützung ist befristet bis maximal 1 Jahr auf Nothilfe herabzusetzen, wenn *

a. die Unterstützung aufgrund schuldhafter Pflichtverletzung gemäss Absatz 1 um das Höchstmass herabgesetzt wurde,

b. die Pflichtverletzung andauert oder erneut Pflichten verletzt werden, und

c. die Herabsetzung auf Nothilfe angedroht wurde.

[4] Verletzen unterstützte Personen schuldhaft ihre Pflichten gemäss § 17a Buchstaben c, f, h und i, wird die Unterstützung nach vorgängiger Androhung direkt auf Nothilfe herabgesetzt. *

[5] Neben den Wohnungskosten und den Kosten gemäss § 13 umfasst die Nothilfe gemäss den Absätzen 3 und 4 pro Person und Tag CHF 10 für die Aufwendungen an den Lebensunterhalt. *

[6] Auf besondere Bedürfnisse ist Rücksicht zu nehmen. *

§ 18a * Nothilfe (§ 4c Abs. 2 SHG)

[1] Die Nothilfe gemäss § 4c SHG umfasst in erster Linie die Kosten der Heimreise.

[2] In zweiter Linie umfasst die Nothilfe eine angemessene Unterbringung, medizinische Notversorgung und CHF 8 pro Person und Tag. Diese decken pauschal alle Aufwendungen für den Lebensunterhalt ab und sind nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen abzugeben.

[3] Auf besondere Bedürfnisse ist Rücksicht zu nehmen.

2.3 Besondere Bestimmungen

§ 19 * …

§ 20 * Kantonale Entschädigungen an die Gemeinden für Unterstützungen (§ 31 Abs. 3 SHG)

[1] Der Kanton entschädigt die Gemeinden für die Kosten der Unterstützung bedürftiger Personen, die im Kanton weilen und keine Niederlassung im Kanton haben.

§ 21 Kantonale Entschädigungen an die Gemeinden für Flüchtlinge

[1] Der Kanton entschädigt die Gemeinden für die Kosten für die anerkannten Flüchtlinge und die Schutzbedürftigen mit Aufenthaltsbewilligung für

a. den Grundbedarf,

b. die Wohnung,

c. die obligatorischen Versicherungen,

d. die medizinische Behandlung und Pflege,

e. * die Eingliederung.

[2] Die Dauer der Entschädigung richtet sich nach der Dauer der erhaltenen Bundesgelder.

[3] Der Kanton entrichtet den Gemeinden jährlich die erhaltenen, nicht verwendeten Bundesgelder, soweit diese eine ständige kantonale Rückbehaltsreserve von CHF 100'000 übersteigen.

§ 22 Weitere Zahlungen für Spezialfälle

[1] Der Kanton leitet der Gemeinde die vom Bund erhaltene Betreuungs- und Verwaltungskostenpauschale für die anerkannten Spezialfälle, sog. medical und human cases, sowie die für diese Fälle erhaltenen ausserordentlichen Vergütungen weiter.

§ 23 Entschädigungen unter den Gemeinden (§ 4 Abs. 2 und § 31 Abs. 2 SHG)

[1] Unterstützt eine Gemeinde eine Person, die in einer anderen basellandschaftlichen Gemeinde ihren Unterstützungswohnsitz hat, wird diese kostenpflichtig und entschädigt die entstandenen Kosten. *

§ 24 Rückerstattung (§ 13 SHG) *

[1] Die wirtschaftlichen Verhältnisse einer unterstützten Person haben sich gebessert, wenn ein Einkommensüberschuss oder Vermögen vorhanden ist. *

a. * …

b. * …

[2] Massgebend für die Berechnung des Einkommensüberschusses sind die anerkannten effektiven Einnahmen und Ausgaben des im Zeitpunkt der Überprüfung laufenden Kalenderjahres. *

a. * …

b. * …

[3] Für die Rückerstattung wird die Hälfte vom Einkommensüberschuss herangezogen. *

[4] Anerkannte Einnahmen gemäss Absatz 2 sind: *

a. Nettoeinkommen;

b. 13. Monatslohn, Bonus und Gratifikation;

c. Kinder- und Erziehungszulagen;

d. Renten- und Pensionsansprüche;

e. Taggelder;

f. Mieterträge;

g. Vermögenserträge;

h. Unterhaltsansprüche.

[5] Anerkannte Ausgaben gemäss Absatz 2 sind: *

a. allgemeiner Lebensbedarf pro Jahr:

1. alleinstehend CHF 19'290;

2. verheiratet, eingetragene Partnerschaft, gefestigtes Konkubinat CHF 28'935;
3. erste 2 Kinder je CHF 10'080;
4. weitere 2 Kinder je CHF 6'720;
5. jedes weitere Kind CHF 3'360;

b. Mietzins inkl. Nebenkosten;
c. Hypothekarzins;
d. Nebenkosten bei selbstbewohntem Eigentum im Umfang von jährlich CHF 1‘680;
e. Gebäudeunterhaltskosten;
f. Gewinnungskosten von maximal CHF 3‘000 pro Jahr;
g. Grundversicherung der Kranken- und Unfallversicherung;
h. weitere Gesundheitskosten, jedoch maximal CHF 2‘500 pro Person/Jahr;
i. Fremdbetreuungskosten von Kindern;
j. Bundes-, Staats- und Gemeindesteuern.

[6] Für die Rückerstattung wird das Vermögen abzüglich der Freibeträge berücksichtigt. Als Freibeträge gelten: *

a. bei alleinstehenden Personen CHF 37'500;
b. bei Ehepaaren, eingetragener Partnerschaft, gefestigten Konkubinatspaaren CHF 60'000;
c. für jedes Kind zusätzlich CHF 15'000.

[7] Im Rahmen der Rückerstattungsüberprüfung gilt die Mitwirkungspflicht der unterstützten Person gemäss § 11 Absatz 2 SHG sinngemäss. *

§ 24a * Aufwandsentschädigung (§ 33 Abs. 4 SHG) *

[1] Der Tarif nach Zeitaufwand beträgt CHF 90 pro Stunde. *

[2] Auslagen für Porti und Kopien werden zusätzlich in Rechnung gestellt. Für Fotokopien wird CHF 1 pro Kopie erhoben. Die Auslagen für Porti werden nach effektiven Kosten festgelegt. *

3 Eingliederung

§ 25 * Meldung der Personen für Anreizbeiträge (§ 17 und § 34 Abs. 3 SHG))

[1] Die Sozialhilfebehörden teilen dem Amt die Personen, für die Anreizbeiträge ausgerichtet werden sollen, mit und reichen den Entwurf des entsprechenden Arbeitsvertrags ein.

[2] Das Amt holt die Stellungnahme der «Dachorganisationen der Sozialpartner Basel-Landschaft» ein.

[3] Im Falle einer positiven Stellungnahme richtet der Kanton die Vergütung aus.

§ 25a * Betreuungspauschale (§ 18 Abs. 1 SHG))

[1] Die Betreuungspauschale beträgt monatlich CHF 400.

§ 25b * Kantonsvergütungen (§ 34 Abs. 2 SHG))

[1] Die Ausrichtung der Kantonsvergütungen setzt voraus, dass die Förderungsprogramme und Beschäftigungen geeignet sind, ihren gesetzlichen Zweck zu erfüllen, und dass sie in den Kosten angemessen sind.

[2] Die Obergrenze der Kantonsvergütungen beträgt pro unterstützte Person und Monat:

a. CHF 900 bei Förderungsprogrammen,

b. CHF 300 bei Beschäftigungen.

§ 25c * Kompetenzzentrum

[1] Das Amt ist Kompetenzzentrum für Eingliederungen.

[2] Es führt eine Internet-Plattform mit Informationen über geeignete Förderungsprogramme und Beschäftigungen insbesondere hinsichtlich deren Inhalte, Zielgruppen und Kosten.

§ 26 * …

3.01 Verfügungen *

§ 26a * Unterstützungsausrichtung ohne Verfügung

[1] Vollumfänglich gutgeheissene Anträge gestützt auf die §§ 13, 14a, 14d und 15 können ohne Verfügung ausgerichtet werden, sofern diese nicht an andere Kantone oder an das Ausland weiterverrechenbar sind. *

4 Aufsicht und Fortbildung

§ 27 Meldung der Unterstützungen (§ 42 Abs. 1 SHG))

[1] Die Sozialhilfebehörden teilen folgende Verfügungen innert 2 Wochen dem Amt mit: *

a. * Neuunterstützungen;

b. * Beendigungen;

c. * Verfügungen über Pflichtverletzungen (Herabsetzungen der Unterstützung) sowie Verfügungen über die Ausrichtung von Nothilfe;

d. * Verfügungen über Förderungsprogramme und Beschäftigungen sowie über die Ausrichtung von Anreizbeiträgen;

e. * alle Verfügungen im Rahmen des Asyl- und Flüchtlingsbereiches, betreffend Drogentherapien gemäss § 21 SHG sowie des Zuständigkeitsgesetzes (ZUG, SR 851.1).

2 … *

2bis … *

3 … *

§ 28 Meldung der Überbrückungshilfen (§ 15 und § 42 Abs. 1 SHG))

1 Die Sozialhilfebehörden teilen jede ergangene Verfügung über Überbrückungshilfen innert 2 Wochen dem Amt mit und ergänzen sie mit Angaben über die Personalien, den Familienstand, Massnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, die Nationalität und den Aufenthaltsstatus sowie über allfällige familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge. *

2 Sie teilen dem Amt spätestens nach 1 Jahr die Rückzahlung der Überbrückungshilfe mit.

§ 29 Prüfungen des Amtes (§ 42 Abs. 1 SHG))

1 Das Amt prüft den ordnungsgemässen und angemessenen Vollzug der Sozialhilfegesetzgebung. *

2 Es lädt die Sozialhilfebehörden widrigenfalls ein, ergangene Unterstützungsverfügungen zu ändern.

§ 30 Überprüfungen in den Gemeinden (§ 42 Abs. 1 SHG))

1 Das Amt kann in den Gemeinden Prüfungen hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzugs der Sozialhilfegesetzgebung vornehmen.

2 Es kann in sämtliche Akten Einsicht nehmen. Die Behördemitglieder sind ihm zur Auskunft verpflichtet.

§ 31 Fortbildung (§ 42 Abs. 2 SHG))

1 Das Amt sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug der Unterstützung bedürftiger Personen und mit der Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen betraut sind.

§ 31a * Modalitäten der Leistungsabklärung (§ 42a SHG))

[1] Personen, die mit der Leistungsabklärung betraut sind, verfügen über die erforderlichen Rechtskenntnisse, insbesondere im Bereich des Sozialhilferechts und des Verfahrensrechts.

[2] Aufträge für Leistungsabklärungen werden schriftlich durch die Sozialhilfebehörde erteilt.

[3] Sie müssen namentlich folgende Angaben enthalten:

a. die erforderlichen Personendaten der betroffenen Person;
b. eine Beschreibung des Verdachts und die ihn begründenden Tatsachen;
c. die Ergebnisse der bereits erfolgten Abklärungen;
d. eine klare Umschreibung der erforderlichen Abklärungen und der Beweismittel, die eingesetzt werden dürfen;
e. bei Beweismittel gemäss § 42a Absatz 6 SHG) eine zeitliche Begrenzung.

[4] Treten im Verlauf einer Leistungsabklärung neue Verdachtsmomente auf, die ebenfalls anhand einer Leistungsabklärung abgeklärt werden sollen, so ist dafür ein neuer Auftrag erforderlich.

[5] Die Personen, die mit der Leistungsabklärung betraut sind, erstatten der Sozialhilfebehörde Bericht, übergeben die verwertbaren Beweismittel und vernichten die untauglichen unverzüglich.

[6] Die betroffene Person wird von der Sozialhilfebehörde nach Abschluss der Leistungsabklärung über die gesammelten Daten informiert.

[7] Die Sozialhilfebehörden erstatten dem Kantonalen Sozialamt jährlich Bericht über die erfolgten Leistungsabklärungen und deren Ergebnisse.

[8] Der Bericht enthält Angaben über die Anzahl der Leistungsabklärungen, die Ergebnisse, die Sanktionen, die Dauer und Kosten der Abklärungen, eingereichte Strafanzeigen sowie gegebenenfalls die Namen der beauftragten Dritten.

5 Schlussbestimmungen

§ 32 Auflösung des Fürsorgevermögens

[1] Die Gemeinden lösen spätestens per 31. Dezember 2002 ihre Fürsorgevermögen auf.

[2] Die Gemeindeversammlung oder der Einwohnerrat beschliesst, ob die Mittel des Fürsorgevermögens ganz oder teilweise

a. zur Deckung eines Aufwandüberschusses im Fürsorgebereich verwendet werden,
b. ins Eigenkapital überführt werden, oder

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

c. in einen Fonds gemäss § 19 Absatz 2 der Verordnung vom 24. November 1998[7] über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzverordnung) überführt werden.

§ 33 Änderung der Genehmigungsverordnung

[1] Die Verordnung vom 9. März 1999[8] über die Genehmigung der Gemeindereglemente wird wie folgt geändert: ...[9]

§ 34 Änderung der Dienstordnung der Finanz- und Kichendirektion

[1] Die Dienstordnung vom 21. Dezember 1999[10] der Finanz- und Kirchendirektion wird wie folgt geändert: ...[11]

§ 35 Änderung der Personalverordnung

[1] Die Verordnung vom 19. Dezember 2000[12] zum Gesetz über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalverordnung) wird wie folgt geändert: ...[13]

§ 36 Änderung von Bezeichnungen in weiteren Erlassen

[1] Die Bezeichnung «Fürsorgeamt» wird in folgenden Bestimmungen durch "Kantonales Sozialamt" ersetzt:

a. § 1 der Verordnung vom 6. April 1999[14] über die Zuordnung der Dienststellen,

b. §§ 11, 15 und 16 der Kantonalen Asylverordnung vom 20. Februar 2001[15].

[2] Die Bezeichnung «Kantonales Armensekretariat» wird im Regierungsratsbeschluss vom 9. Februar 1951[16] betreffend Bezeichnung der zuständigen Behörden gemäss Artikel 217 Ziffer 2 des Schweizerischen Strafgesetzbuches durch «Kantonales Sozialamt» ersetzt.

§ 37 Änderung der Gemeindefinanzverordnung

[1] Die Verordnung vom 24. November 1998[17] über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden (Gemeindefinanzverordnung) wird wie folgt geändert: ...[18]

7) GS 33.414, SGS 180.10
8) GS 33.0634, SGS 140.25
9) GS 34.271
10) GS 33.0996, SGS 142.11
11) GS 34.271
12) GS 33.1471, SGS 150.11
13) GS 34.272
14) GS 33.0641, SGS 140.11
15) GS 34.49, SGS 850.19
16) A 1951 I 106, SGS 241.11
17) GS 33.414, SGS 180.10
18) GS 34.272

§ 38 Änderung der Finanzausgleichsverordnung

[1] Die Regierungsratsverordnung vom 21. Dezember 1982[19)] über die Durchführung des Finanzausgleichs wird wie folgt geändert: ...[20)]

§ 39 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Die Verordnung vom 25. November 1997[21)] über Art und Mass der Fürsorgeunterstützungen wird aufgehoben.

§ 40 Inkrafttreten

[1] Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

19) GS 28.274, SGS 331.14
20) GS 34.273
21) GS 32.950, SGS 851.12

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
25.09.2001	01.01.2002	Erlass	Erstfassung	GS 34.0262
03.06.2003	01.07.2003	§ 8	totalrevidiert	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 14d	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 15 Abs. 1, Bst. e.	aufgehoben	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 24 Abs. 3	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	Titel 3.01	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 26a	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 27 Abs. 2, Bst. a.bis	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 27 Abs. 2, Bst. a.ter	eingefügt	GS 34.1067
03.06.2003	01.07.2003	§ 27 Abs. 2bis	eingefügt	GS 34.1067
06.04.2004	01.04.2004	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 35.74
06.09.2005	01.01.2006	§ 9	totalrevidiert	GS 35.654
06.09.2005	01.01.2006	§ 16 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 35.654
06.09.2005	01.01.2006	§ 16 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 35.654
06.09.2005	01.01.2006	§ 18	totalrevidiert	GS 35.654
18.10.2005	01.01.2006	§ 2 Abs. 2	eingefügt	GS 35.708
18.10.2005	01.01.2006	§ 24a	eingefügt	GS 35.708
05.09.2006	01.01.2007	§ 14a	totalrevidiert	GS 35.981
05.09.2006	01.01.2007	§ 14b	aufgehoben	GS 35.981
05.09.2006	01.01.2007	§ 14c	aufgehoben	GS 35.981
24.10.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 2	eingefügt	GS 35.1011
24.10.2006	01.01.2007	§ 11 Abs. 3	eingefügt	GS 35.1011
24.10.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 35.1011
24.10.2006	01.01.2007	§ 13a	eingefügt	GS 35.1011
24.10.2006	01.01.2007	§ 17	aufgehoben	GS 35.1011
19.12.2006	01.01.2007	§ 24 Abs. 2	geändert	GS 35.1105
16.10.2007	01.01.2008	§ 19	aufgehoben	GS 36.308
16.10.2007	01.01.2008	§ 21 Abs. 1, Bst. e.	geändert	GS 36.308
16.10.2007	01.01.2008	§ 11 Abs. 4	eingefügt	GS 36.309
26.05.2009	01.06.2009	§ 2 Abs. 3	aufgehoben	GS 36.1105
26.05.2009	01.06.2009	§ 14 Abs. 2	geändert	GS 36.1105
26.05.2009	01.06.2009	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 36.1105
26.05.2009	01.06.2009	§ 14 Abs. 4	geändert	GS 36.1105
27.04.2010	01.07.2010	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 37.66
27.04.2010	01.07.2010	§ 15 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 37.66
27.04.2010	01.07.2010	§ 20	totalrevidiert	GS 37.66
27.04.2010	01.07.2010	§ 23 Abs. 1	geändert	GS 37.66
27.04.2010	01.07.2010	§ 23 Abs. 1	geändert	GS 37.66

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
15.06.2010	01.06.2010	§ 6	aufgehoben	GS 37.132
05.07.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 37.604
05.07.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 3	geändert	GS 37.604
27.09.2011	01.11.2011	§ 12 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 37.644
04.12.2012	01.01.2013	§ 27 Abs. 1	geändert	wg. GS 37.1145
04.12.2012	01.01.2013	§ 28 Abs. 1	geändert	wg. GS 37.1145
19.11.2013	01.01.2014	Ingress	geändert	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	Titel 2.	aufgehoben	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 5	aufgehoben	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 7	aufgehoben	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 7a	aufgehoben	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 13 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 15 Abs. 1, Bst. c^{bis}.	eingefügt	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 16 Abs. 1, Bst. d.	eingefügt	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 25	totalrevidiert	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 25a	totalrevidiert	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 25b	eingefügt	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 25c	eingefügt	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 26	totalrevidiert	GS 38.301
19.11.2013	01.01.2014	§ 27 Abs. 2, Bst. a4.	eingefügt	GS 38.301
24.11.2015	01.01.2016	Ingress	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. c.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. d.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. e.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. f.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. g.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 1, Bst. h.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 2bis	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 2ter	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 3	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 3	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 3bis	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 4	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 5	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. d.	geändert	GS 2015.072

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. d[bis].	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. d[ter].	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. i.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. k.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. l	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1, Bst. m.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2, Bst. a.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2, Bst. b.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2, Bst. c.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2, Bst. d.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 2, Bst. e.	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 17a	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 2	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 3	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 5	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 6	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18a	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 23 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24	Titel geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 1, Bst. a.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 1, Bst. b.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 2	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 2, Bst. a.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 2, Bst. b.	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 3	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 5	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 6	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24 Abs. 7	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24a	Titel geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24a Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 24a Abs. 2	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 26	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 26a Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1	geändert	GS 2015.072

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1, Bst. a.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1, Bst. b.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1, Bst. c.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1, Bst. d.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 1, Bst. e.	eingefügt	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 2	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 2bis	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 27 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 29 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 31a	eingefügt	GS 2015.072
15.12.2015	01.01.2016	§ 9 Abs. 2bis	geändert	GS 2015.087

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	25.09.2001	01.01.2002	Erstfassung	GS 34.0262
Ingress	19.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.301
Ingress	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 2 Abs. 2	18.10.2005	01.01.2006	eingefügt	GS 35.708
§ 2 Abs. 3	26.05.2009	01.06.2009	aufgehoben	GS 36.1105
Titel 2.	19.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.301
§ 5	19.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.301
§ 6	15.06.2010	01.06.2010	aufgehoben	GS 37.132
§ 7	19.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.301
§ 7a	19.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.301
§ 8	03.06.2003	01.07.2003	totalrevidiert	GS 34.1067
§ 8 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9	06.09.2005	01.01.2006	totalrevidiert	GS 35.654
§ 9 Abs. 1	05.07.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.604
§ 9 Abs. 1, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. b.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. c.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. d.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. e.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. f.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. g.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 9 Abs. 1, Bst. h.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 9 Abs. 2	24.10.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1011
§ 9 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 9 Abs. 2bis	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 9 Abs. 2bis	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.087
§ 9 Abs. 2ter	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 9 Abs. 3	05.07.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.604
§ 9 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 10 Abs. 2	06.04.2004	01.04.2004	geändert	GS 35.74
§ 10 Abs. 2	27.04.2010	01.07.2010	geändert	GS 37.66
§ 10 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 11 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 11 Abs. 3	24.10.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1011
§ 11 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 11 Abs. 3bis	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 11 Abs. 4	16.10.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.309
§ 11 Abs. 4	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 11 Abs. 5	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 12 Abs. 1, Bst. b.	27.09.2011	01.11.2011	geändert	GS 37.644
§ 13 Abs. 1, Bst. a.	19.11.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.301
§ 13 Abs. 1, Bst. b.	24.10.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1011
§ 13a	24.10.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1011
§ 14 Abs. 2	26.05.2009	01.06.2009	geändert	GS 36.1105
§ 14 Abs. 3	26.05.2009	01.06.2009	geändert	GS 36.1105
§ 14 Abs. 4	26.05.2009	01.06.2009	geändert	GS 36.1105
§ 14a	05.09.2006	01.01.2007	totalrevidiert	GS 35.981
§ 14b	05.09.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.981
§ 14c	05.09.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.981
§ 14d	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 15 Abs. 1, Bst. a.	27.04.2010	01.07.2010	geändert	GS 37.66
§ 15 Abs. 1, Bst. c^{bis}.	19.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.301
§ 15 Abs. 1, Bst. d.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. d^{bis}.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. d^{ter}.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. e.	03.06.2003	01.07.2003	aufgehoben	GS 34.1067
§ 15 Abs. 1, Bst. i.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. k.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. l	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 15 Abs. 1, Bst. m.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 16 Abs. 1, Bst. a.	06.09.2005	01.01.2006	geändert	GS 35.654
§ 16 Abs. 1, Bst. b.	06.09.2005	01.01.2006	geändert	GS 35.654
§ 16 Abs. 1, Bst. d.	19.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.301
§ 16 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 2, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 2, Bst. b.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 2, Bst. c.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 2, Bst. d.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 2, Bst. e.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 16 Abs. 4	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 17	24.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.1011
§ 17a	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 18	06.09.2005	01.01.2006	totalrevidiert	GS 35.654
§ 18 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 18 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 18 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 18 Abs. 4	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 18 Abs. 5	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 18 Abs. 6	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 18a	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 19	16.10.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 36.308
§ 20	27.04.2010	01.07.2010	totalrevidiert	GS 37.66
§ 21 Abs. 1, Bst. e.	16.10.2007	01.01.2008	geändert	GS 36.308
§ 23 Abs. 1	27.04.2010	01.07.2010	geändert	GS 37.66
§ 23 Abs. 1	27.04.2010	01.07.2010	geändert	GS 37.66
§ 23 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 24	24.11.2015	01.01.2016	Titel geändert	GS 2015.072
§ 24 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 24 Abs. 1, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 24 Abs. 1, Bst. b.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 24 Abs. 2	19.12.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1105
§ 24 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 24 Abs. 2, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 24 Abs. 2, Bst. b.	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 24 Abs. 3	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 24 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 24 Abs. 4	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 24 Abs. 5	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 24 Abs. 6	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 24 Abs. 7	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 24a	18.10.2005	01.01.2006	eingefügt	GS 35.708
§ 24a	24.11.2015	01.01.2016	Titel geändert	GS 2015.072
§ 24a Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 24a Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 25	19.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.301
§ 25a	19.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.301
§ 25b	19.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.301
§ 25c	19.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.301
§ 26	19.11.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.301
§ 26	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
Titel 3.01	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 26a	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 26a Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 27 Abs. 1	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 27 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 27 Abs. 1, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 27 Abs. 1, Bst. b.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 27 Abs. 1, Bst. c.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 27 Abs. 1, Bst. d.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 27 Abs. 1, Bst. e.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072
§ 27 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 27 Abs. 2, Bst. a.bis	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 27 Abs. 2, Bst. a.ter	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 27 Abs. 2, Bst. a4.	19.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.301
§ 27 Abs. 2bis	03.06.2003	01.07.2003	eingefügt	GS 34.1067
§ 27 Abs. 2bis	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 27 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.072
§ 28 Abs. 1	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 29 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 31a	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.072